

LINKE für gute Arbeit – nicht nur in Nordrhein-Westfalen

Statement von Dagmar Enkelmann auf Pressekonferenz am 20. April 2010

Nach der Osterpause beginnt der Endspurt für die Wahl in Nordrhein-Westfalen. Die Fraktion DIE LINKE hat dafür mit ihrer Klausur in Düsseldorf die Weichen gestellt.

Klar ist: Ohne DIE LINKE wird es keine Abwahl Rüttgers und keinen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geben. Dazu darf sich die SPD nicht wieder in die „Ypsilanti“-Falle treiben lassen. Freudsche Versprecher wie jüngst von SPD-Chef Siegmund Gabriel, der ungewollt vom Wahlziel „Rot-rot-grün“ sprach, zeigen, dass die SPD den Konflikt um ihr Verhältnis zur LINKEN nach wie vor verdrängt. Das sollte sie jetzt endlich offensiv angehen.

Zwar nahm die Arbeitslosigkeit in der Krise nicht so zu wie zunächst befürchtet – das jetzt allenthalben beschworene Beschäftigungswunder ist aber genau besehen keines. Zum einen befinden sich nach wie vor hunderttausende Beschäftigte in Kurzarbeit. Die entsprechende Regelung will die Bundesregierung erneut verlängern. Das ist nicht verkehrt, schiebt aber die Frage, was mit den Beschäftigten nach dem Auslaufen der Kurzarbeit passiert, erneut auf die lange Bank. Zudem befindet sich die prekäre Beschäftigung auf dem Vormarsch. So ist bereits jeder zweite Arbeitsvertrag, der in Deutschland neu abgeschlossen wird, befristet.

Dem will DIE LINKE einen Riegel vorschieben. In dieser Woche bringen wir drei Anträge in den Bundestag ein, die unsere arbeitsmarktpolitischen Vorschläge zusammenfassen. So wollen wir die Leiharbeit beschränken, gleichen Lohn für gleiche Arbeit und – wie in Frankreich – eine Flexibilitätsprämie für Leiharbeiter. DIE LINKE fordert nach wie vor einen gesetzlichen Mindestlohn und mehr Kündigungsschutz. Für Langzeitarbeitslose verlangen wir, einen bundesweiten öffentlichen Beschäftigungssektor zu schaffen. Das wird durch ein umfassendes Zukunftsinvestitionsprogramm flankiert. Bis zu zwei Millionen neue Arbeitsplätze sind so möglich.

Wir haben eine Woche der Regierungserklärungen vor uns – so zum aschegestörten Flugbetrieb, zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan sowie zu Wirtschaft und Arbeitsmarkt.

Für DIE LINKE steht der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan nicht erst angesichts steigender Opferzahlen in Frage. Und dass die Bundeswehr ihre Strategie gewechselt hat, steht spätestens seit dem Kunduz-Bombardement Anfang September 2009 fest. Dieses Vorgehen hat die Mehrheit des Bundestages – darunter auch die deutliche Mehrheit der SPD-Fraktion - mit dem noch 2009 verlängerten Mandat abgenickt. Dass einige SPD-Politiker nunmehr doch einen raschen Abzug der Bundeswehr fordern, ändert daran nichts.

Nicht nachzuvollziehen ist für DIE LINKE, dass die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen gegen Oberst Klein eingestellt hat, der das Kunduz-Bombardement befahl. Der Angriff erhält mit der Einstellung des Verfahrens keinesfalls eine nachträgliche Legitimation. Für DIE LINKE gibt es keinen Grund, die Arbeit des Kunduz-Untersuchungsausschusses einzustellen – im Gegenteil: Gerade dessen Arbeit könnte neue, entscheidende Tatsachen erbringen.